

----- Weitergeleitete Nachricht -----

**Betreff:**Zum Punkt 9. der morgigen Samtgemeinderatssitzung

**Datum:**Wed, 28 Feb 2018 12:46:23 +0100

**Von:**initiative@schule-stoecken.de

**An:**Ratsmitglieder

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

der Beschluss zum Schließungsantrag der Stöckener Grundschul-Außenstelle steht unmittelbar bevor. Und das, ohne Kenntnis über die tatsächliche Raumkapazität an der Roscher Schule, noch über irgendwelche Umsetzungsplanung, besonders nicht auf längere Sicht sprich über die kommende Einschulung 2018 hinaus.

Auf welcher Grundlage soll also morgen beschlossen werden? Was zählen Argumente? Wie ist der Rat geneigt, die Anliegen der Schulelternschaft sowie eines, wie unsere Online-Petition zeigt, beachtlichen Teiles der Bevölkerung (um 200) zu berücksichtigen? Was sind pädagogische, was sind aber vor allem auch Standort- und Entwicklungsüberlegungen wert? Wie will der Rat angemessen seine Verantwortung für das Gedeihen und die weitere Entwicklung namentlich in den Gemeinden Oetzen und Rätzlingen wahrnehmen? Und: Warum wurde bewusst und unkorrekterweise an der Schulelternschaft vorbei gehandelt?

Das sind in unseren Augen zu viele offene Fragen und Probleme! Kommt dazu, dass sich die Elternratsvertretung frühzeitig bezüglich des geburtenschwachen Jahrgangs 2018 mit der Schulleitung und dem Samtgemeindebürgermeister in Verbindung gesetzt und - von beiden! - die Antworten bekommen hat, man wolle "erst einmal an der Außenstelle festhalten" es, gäbe keine Mindestzahlen, keine finanziellen Schließungsgründe und vor allem könne ein einmaliges Tief nicht interessieren, weil man perspektivisch denken müsse... Genau dies, sprich perspektivisch zu denken, fehlt hier! Dass darüber hinaus auch noch der gesetzlich vorgeschriebene Einbezug der Schulelternschaft nicht eingehalten wurde lässt in unseren Augen den einzig möglichen Schluss zu, Punkt 9. "Integration der Grundschulaußenstelle Stöcken an den Schulstandort Rosche" von der morgigen Tagesordnung abzusetzen und a) saubere, perspektivische Planungen vorzunehmen, b) in den (gesetzlich vorgegebenen) Dialog mit der Schullerschaft zu treten und c) auch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort den Prozess des Meinungsaustausches aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

und für die Initiative Uta und Mike Richter, Dipl. Ing. Gunther Lemm und Vera Vasilyeva M.A., Karin Lendt, Prof. Dr. Thomas Hengartner und Uta Rosenfeld M.A.